

27. JANUAR ZU LEIPZIG



Sie entscheiden – Leipzig braucht Ihre Stimme!

Bürgerentscheid für den Erhalt der kommunalen Unternehmen

Liebe Leipzigerinnen und Leipziger, für unsere Stadt ist der 27. Januar ein besonderer Tag. Zum ersten Mal werden wir die Möglichkeit haben, in einer wichtigen Frage direkt zu entscheiden und damit die Kommunalpolitik für die nächsten Jahre selbst mitzugestalten.

Der Bürgerentscheid ist möglich geworden, weil ca. 42.000 Bürgerinnen und Bürger das Bürgerbegehren „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“ mit ihrer Unterschrift unterstützt und viele von Ihnen engagiert beim Sammeln der Unterschriften geholfen haben.

Demokratie muss gelebt werden und lebt vom Interesse und Engagement der Bevölkerung. Die Frage, um die es beim Bürgerentscheid geht, stellt dabei gewissermaßen einen Kern unseres demokratischen Gemeinwesens dar: Die kommunale Daseinsvorsorge. Vielen mag der Begriff nicht klar genug definiert sein. Hier kann der Blick in den „Beteiligungsbericht“ der Stadt Leipzig von 2003 weiterhelfen: „Im Kern werden heute zur kommunalen Daseinsvorsorge folgende Aufgaben gezählt: Abfallwirtschaft, Abwasserentsorgung, Wasser- und Energieversorgung, Krankenhäuser, öffentlicher Personennahverkehr, Sparkassen, Museen, Theater, Altenheime, Schulen u.a.m.“

Alles dies sind daseinsnotwendige Funktionen, die eine Stadt wie Leipzig vorhalten und sicherstellen muss.

Die Stadt Leipzig ist in der glücklichen Lage, dass sich die wichtigen Betriebe und Unternehmen dieser Bereiche in kommunalem Eigentum befinden.

Einige dieser städtischen Einrichtungen, Betriebe und Unternehmen waren immer wieder Gegenstand von Privatisierungsbestrebungen. So sollte z.B. einmal der Eigenbetrieb Stadtreinigung privatisiert werden, ein anderes Mal gab es den Vorschlag, nach Dresdner Vorbild, die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft LWB zu verkaufen, Anteile an der kommunalen Holdinggesellschaft LVV zu veräußern und schließlich wurden 49,9% der Stadtwerke Leipzig zum Verkauf ausgeschrieben. Dabei wurden verschiedene Begründungen angeführt wie etwa: „Private können alles besser“, die Notwendigkeit eines „stra-



Die Vertreter der Initiative Bürgerbegehren Mike Nagler, Henner Kotte und Wolfgang Franke. (v.l.)

tegischen Partners“ beschworen oder auf den Schuldenstand der Stadt verwiesen. Wir sind der Meinung, dass diese Begründungen nicht stichhaltig sind und einer nachhaltigen Kommunalpolitik entgegenstehen.

Nicht allein, dass vor zehn Jahren schon einmal Anteile der Stadtwerke verkauft wurden – mit denselben Begründungen, wie sie jetzt auch wieder verwendet werden – und mit dem Ergebnis, dass die Vorhersagen nicht eintrafen und der Verkauf wieder rückgängig gemacht wurde. Nein, Privatisierung der Daseinsvorsorge heißt, private Gewinninteressen in den Vordergrund zu stellen, wo die Orientie-

rung am Gemeinwohl gefragt ist.

Wasser- und Abwasserentsorgung stellen ein natürliches Monopol dar – das Paradies für private Unternehmen. Der öffentliche Personennahverkehr, der uns vor dem Verkehrskollaps bewahrt, ist und bleibt ein Zuschußgeschäft – die Kosten dafür zu tragen, lohnt sich für alle Bürgerinnen und Bürger. Das städtische Krankenhaus deckt notwendige Aufgaben ab, welche die Stadt sonst teuer bezahlen müßte. Die Stadtreinigung – kann von Privaten nur mit Lohndumping und mit Qualitätsverlust konkurrenzfähig betrieben werden. Stadttumbau, Quartiersmanagement und Einfluß auf den

Wohnungsmarkt sind ohne die kommunale LWB nicht vorstellbar. Die Stadtwerke sind ein modernes, profitables Unternehmen, die Gewinne kommen vollständig der Stadt zugute. Außerdem haben auf dem „liberalisierten“ Energiemarkt unabhängige Stadtwerke eine herausragende Bedeutung.

In dieser Zeitung möchten wir Ihnen die Betriebe und Unternehmen, um die es geht, näher vorstellen. Wir möchten Ihnen Informationen an die Hand geben, die Sie in die Lage versetzen, sachkundig mitzuzentscheiden.

Es ist schließlich Ihr Eigentum als Leipziger Bürgerin bzw. Bürger.

„Städtische Unternehmen sind dem öffentlichen Gemeinwohl verpflichtet. Ihre Hauptaufgabe besteht darin, den Bürgerinnen und Bürgern Leipzigs in Bereichen wie Nahverkehr, Wohnungswesen, Energieversorgung, Abfallbeseitigung oder Wasserver- bzw. Abwasserentsorgung kostengünstige und servicegerechte Dienstleistungen zu erbringen,“ schrieb der damalige Oberbürgermeister Wolfgang Tiefensee in seinem Vorwort zum zehnten Beteiligungsbericht der Stadt Leipzig.

Wir sollten diesen Anspruch einfordern. Aber wir können ihn nur durchsetzen, wenn die Betriebe und Unternehmen der Daseinsvorsorge in kommunalem Eigentum bleiben.

Beim Bürgerentscheid geht es um mehr als den Anteilsverkauf der Stadtwerke. Es geht darum, ob wir uns dafür entscheiden, die kommunale Daseinsvorsorge in eigener Regie zu behalten und zu gestalten. Deshalb ist Ihre Stimme so wichtig – überlassen Sie diese Entscheidung nicht allein den Politikern und Unternehmensberatern! Informieren Sie sich, mischen Sie sich ein! Geben Sie Ihre Stimme für Leipzig beim Bürgerentscheid!

Wolfgang Franke, Henner Kotte und Mike Nagler





Hoffnung auf ein anderes Signal

Cornelius Weiss,
ehem. Rektor Uni
Leipzig

„Ich halte es für falsch das zu verkaufen, was über mehr als hundert Jahre an kommunaler Infrastruktur aufgebaut wurde. Gerade auch mit

Blick auf die Zukunft unserer Kinder und der nachfolgenden Generationen ist es wichtig, unsere Leipziger Unternehmen zu erhalten und sie eben nicht für kurzfristige Erlöse an Großkonzerne zu verkaufen.“

Dagmar Röber

„Die Stadtwerke müssen in kommunaler Hand bleiben, da wir auch für die Zukunft unserer Kinder verantwortlich sind. Ich stimme mit Ja - auch im Interesse des Klimaschutzes und für erneuerbare Energie von den Stadtwerken.“

**Gabi Edler, Stra-
ßenkinder e.V.**

„Leipzig hat nur mit seinen städtischen Betrieben wirklich eine Zukunft, die wir für uns dringend brauchen, für unsere Kinder.“

Kristian Kade,
Sozialpädagoge

„Wahlen sind sonst nicht mein Ding, aber hier geht es um unsere Stadt. Weder beim Bildermuseum noch beim City-Tunnel wurde ich als Bürger gefragt, jetzt habe ich die Möglichkeit mich einzumischen. Ich stimme mit JA, da die finanziellen Vorteile durch den Verkauf der Stadtwerke und möglicherweise weiterer kommunaler Betriebe nur von sehr kurzer Haltbarkeit wären.“

Udo Schieritz, Diplom-Ingenieur, Betriebsratsvorsitzender bei den Stadtwerken Leipzig und Vorsitzender des Konzernbetriebsrates der LVV im Interview.

Was geht Dir in diesen Wochen vor dem Bürgerentscheid und der anstehenden Stadtratsentscheidung zum Anteilsverkauf durch Kopf und Bauch ?

Frustration, aber auch Hoffnung. Frustration deshalb, weil wir zum wiederholten Mal die gleiche Melodie vom Vorteil „strategischer Partner“ hören und das trotz aller Erfahrungen, die wir seit 1990 gemacht haben. Unverständlich ist mir auch, dass einige im Rathaus die Auseinandersetzungen seit dem Runden Tisch um die Rückgewinnung des kommunalen Eigentums und um eigene Stadtwerke verdrängt haben. Außerdem stört es mich und viele andere, dass wir als Stadtwerker und Bürger immer wieder zum Objekt politischer Entscheidungen werden.

Gerade deshalb habe ich Hoffnung, dass der Bürgerentscheid ein anderes Signal setzt.

Was ist denn Euer zentrales Argument gegen den erneuten Anteilsverkauf ?

Ein Energieunternehmen, das voll in kommunaler Hand ist, ist ein zuverlässiger Partner in puncto Versorgungssicherheit für die Bevölkerung. Das haben wir in der Praxis bewiesen. Nach einem für unsere Belegschaft nicht immer einfachen Prozess sind wir zu einem stabilen Faktor für Arbeit und zukunftsorientierte Ausbildung in der Stadt geworden. Nicht nur die Stadtwerker und ihre Azubis haben davon den Nutzen, sondern gerade auch Handwerk und Mittelstand. Die weitere Unternehmensstrategie trägt dem Rechnung.

Auch unsere Töchter wie perdata, HL komm und LAS haben eine positive Entwicklung genommen. Die HL komm zum Beispiel ist voll auf der Erfolgsspur. Sie fing mit sieben Mit-



arbeitern an und hat jetzt rund 80, was vor allem auf gute Ergebnisse im Bereich Kabelnetzbetreiber und Geschäftskunden zurückzuführen ist. Die Abrechnungsgesellschaft LAS akquiriert inzwischen Aufträge in den alten Bundesländern und sichert damit Arbeitsplätze in Leipzig.

Glaubst Du, dass dies alles in der öffentlichen Bewertung 520 Millionen aufwiegt, die für knapp die Hälfte der Stadtwerke geboten werden ?

Klar, im Moment klingt es sehr verlockend, so viel Geld für Schuldentilgung und neue Investitionen einzunehmen. Im Prinzip war das beim Anteilsverkauf 1998 auch nicht anders. Aber löst dies langfristig wirklich die Finanzprobleme der Stadt ? Und wie soll auf lange Sicht der Verkehrsleistungsfinanzierungsvertrag erfüllt werden, wenn die Hälfte der Stadtwerkegewinne aus Leipzig abfließen ? Und ein Rückbau des öffentlichen Nahverkehrs wäre für alle Beteiligten, aber auch aus sozialen und ökologischen Gründen ein Rückschlag für die Stadt.

Ein Verkauf wird nur befristet einen positiven Effekt haben und alle Auswirkungen auf die kommunalen Betriebe und die Stadt sind noch gar nicht abzusehen.

Hintergrund

„Die Stadtwerke Leipzig sind eng mit der jüngsten Geschichte der Stadt verbunden:

- In der Arbeitsgruppe Energie des Runden Tisches wurden von Dezember 1989 bis Mai 1990 Zielvorstellungen für die künftige Energieversorgung der Stadt erarbeitet. - Dort wurde unter anderem der Standpunkt vertreten, „dass nur die weitere Entwicklung des Energiekombinates Leipzig als „Stadtwerke AG Leipzig“ die Voraussetzung bietet, entsprechend den gegenwärtigen Anforderungen des Umweltschutzes und des sparsamen Einsatzes von Energie eine umfassende kommunale Mitbestimmung durchzusetzen.

- Nach den Kommunalwahlen vom 6. Mai 1990 richteten die Leipziger Stadtverordneten am 5. Juni einen Dringlichkeitsantrag an die DDR-Volkskammer, der die sofortige Rückerstattung der ehemals kommunalen Betriebe und des dazugehörigen Grund und Bodens verlangte. Damit sollten auch die Grundlagen für eigenständige Stadtwerke gelegt werden.

- Nach den Stromverträgen zwischen der letzten DDR-Regierung und den führenden westdeutschen Energiekonzernen vom 22. August 1990 schloss sich Leipzig der Initiative von insgesamt 164 Kommunen für eine Verfassungsbeschwerde an, die dann im Dezember 1992 durch den „Stromvergleich“ beigelegt wurde.“

aus einem ötv-Flugblatt vom 1. Juli 1997

Kurze Chronologie der jüngsten Leipziger Privatisierungsdebatte

„Panikmache“, „von einem Ausverkauf kann keine Rede sein“ – das waren einige der ersten Kommentare nach dem Start des Bürgerbegehrens. Nach Ansicht dieser Kritiker steht in Leipzig lediglich eine Entscheidung über den Verkauf von 49,9 % der Anteile an den Stadtwerken an. Doch seit Jahren wird die Leipziger Öffentlichkeit immer wieder mit Privatisierungsforderungen

konfrontiert. Wir wollen dies und den wachsenden Widerstand dagegen mit einigen ausgewählten Fakten aus der Amtszeit des gegenwärtigen Stadtrates nachzeichnen.

■ **September 2004:** Gewerkschaft ver.di, attac und BUND wenden sich mit einem Offenen Brief an die neu gewählten Mitglieder des Stadtrates. Darin heißt es u.a.: „Wir halten es für .. wichtig und für eine handlungsfähige Stadt .. lebensnotwendig, dass sie ihre Aufgaben zur Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen der Daseinsvorsorge und zur Bereitstellung

der erforderlichen Infrastruktur mit eigenen Mitteln und demokratischer Kontrolle der Bürgerinnen und Bürger wahrnimmt. ... „

Zur gleichen Zeit wird ein internes Gutachten der IHK (Industrie- und Handelskammer) erstellt, das den Beteiligungsbericht der Stadt Leipzig auswertet. Nach dem Prinzip „Privat hat Vorrang“ wird für eine Reihe städtischer Unternehmen und Betriebe die Einschränkung der Geschäftstätigkeit, die (Teil-) Privatisierung oder die Auflösung gefordert. Sofern bisher Zuschüsse und Bürgschaften für kommunale Unternehmen geleistet wur-

den, sollen sie reduziert werden.

■ **November 2004:** Die SPD-Fraktion schlägt vor, durch Firmenverkäufe einen Erlös von fünf Millionen Euro für den städtischen Haushalt zu erzielen. Unternehmen, die der Daseinsvorsorge dienen – wie Stadtwerke oder Wasserwerke – stehen dabei nicht zur Disposition.

Handwerkskammerpräsident Dirscha spricht nach dem IHK-Gutachten von einer Entwicklung zu einer „zentralistischen Wirtschaft“.

Die FDP fordert die Ausgliederung der Grünpflege aus dem Eigenbetrieb

Die Objekte der Begierde

Die Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft und die Stadtwerke

Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft (LVV)

Die LVV ist eine 100%ige Tochtergesellschaft der Stadt Leipzig. Für diese hat sie die Gesellschafterrolle bei den Stadtwerken (SWL), den Verkehrsbetrieben (LVB) und den Kommunalen Wasserwerken (KWL) übernommen. Die LVV ist kein Dienstleister, sondern das geschäftliche Dach des kommunalen Firmenverbundes. Über sie werden Gewinne von Stadt- und Wasserwerken u.a. mit Verlusten der LVB verrechnet. Der städtische Haushalt wird damit von den Zuschüssen für den Öffentlichen Personennahverkehr entlastet. Durch die Holding-Struktur - die LVV wird mit den Unternehmen SWL, LVB und KWL wie ein Konzern behandelt - können Steuerersparnisse erzielt werden, die der Stadt Leipzig zugute kommen. Die LVV hält für die Stadt Leipzig u.a. die Anteile an der Strombörse EEX, der Verbundnetz Gas AG (VNG) und an der enviaM.

Stadtwerke Leipzig

Die Geschichte der Stadtwerke Leipzig GmbH (SWL), eine 100%ige Tochter der LVV (siehe oben), insbesondere der letzten 20 Jahren ist beispielhaft für das Verhältnis der Stadt und ihrer Repräsentanten zu den kommunalen Betrieben. (siehe Hintergrund S. 2)

Nach drei Jahren ergebnisloser Verhandlungen mit der WESAG/RWE über die Vermögensrückgabe an die Stadt erfolgte die erste Trennung vom RWE-Konzern, der anfangs 40 Prozent der Stadtwerke-Anteile gehalten hatte.

1998 wurden 40 Prozent der Anteile an die MEAG in Halle verkauft. 2003 wurden diese Anteile wieder zurückgekauft, weil eine eigenständige strategische Entwicklung der Stadtwerke nicht ins Konzept des RWE-Konzerns passte. Die mit dem Anteilskauf zugesagten 250 neuen Arbeitsplätzen waren in Leipzig niemals angesiedelt worden.

Seither haben sich die SWL im Wettbewerb als eigenständiges Unternehmen behauptet. Ihr Kerngeschäft ist die Lieferung von Strom, Gas und Fernwärme an ihre Kunden über rund 270.000 Verbrauchsstellen. Im Stromhandel sind sie bundesweit aktiv.



Mit der Gas- und Dampfturbinenanlage in der Eutritzscher Straße (Energieträger Gas/Öl, 175 MW Strom, 180 MW Wärme) wird in effizienter und klimaschonender Kraft-Wärme-Kopplung Strom und Fernwärme erzeugt. Weitere Heizwerke zur Fernwärmeversorgung (256 MW Wärme, 80 MW Wärme) arbeiten auf Erdgasbasis.

Den Hauptanteil an Energie beziehen die Stadtwerke vom Braunkohle-Kraftwerk Lippendorf (Leistung 1864 MW Strom, 320 MW Wärme), mit dem ein Jahresliefervertrag über 1 Mrd. kWh (entspricht einer durchschnittlichen Leistung von 120 MW) besteht.

Die SWL sichern 60 Prozent des Spitzenbedarfs von 260-290 MW Strom und 70-80% von 550-750 MW Wärme aus eigener Produktion ab. Der Rest wird durch stabile Verträge mit Lippendorf gesichert, so dass die Leipziger auch unter extremen Witterungsbedingungen wenig zu befürchten haben.

Mit dem Preisaufschlag auf den u. a. angebotenen Grünen Strom werden ausschließlich neue Anlagen in und um Leipzig gefördert, die Strom aus regenerativen Energieträgern gewinnen, so die Solaranlagen auf der Nikolaikirche oder der HTWK. Die Verwendung der

Gelder und die Herkunft des Grünen Stroms wird vom Förderverein „UiZ – Umweltinformationszentrum Leipzig e.V.“ überwacht.

Ende der 90er Jahre gingen die SWL zu einer weiter reichenden offensiven Strategie über, um im Wettbewerb mit den „Großen“ bestehen zu können. Dies schloss auch Beteiligungen im Ausland (v.a. in Polen) ein.

2006 setzte das Unternehmen mehr als 1,7 Milliarden Euro um. Der Gewinn betrug 54 Mio. Euro. Den größten Anteil am Wachstum hatte dabei der Energiehandel. Das Investitionsvolumen belief sich im Jahre 2006 auf 16 Mio. Euro.

Die Gewinne der SWL werden innerhalb der LVV vornehmlich dazu eingesetzt, den öffentlichen Personennahverkehr in Leipzig zu stützen und den Stadthaushalt zu entlasten.

Die Zahl der Beschäftigten betrug 2006 knapp unter 1.100, dazu kamen 93 Auszubildende. Die Gesamtzahl der Beschäftigten in der SWL-Gruppe einschließlich aller Tochtergesellschaften im In- (wie z.B. der LAS, perdata, HL Komm) und Ausland beträgt ca. 2.400.

heblichen Privatisierungen verbunden ist.“ (LVZ, 18.3.2005)

■ **Mai 2005:** Diskussionen um eine mögliche Privatisierung des Klinikums St. Georg. Fest steht allerdings nur, dass an einem Entwicklungskonzept für das städtische Krankenhaus gearbeitet wird.

Wirtschaftsbeigeordneter Schubert (CDU) kündigt für Herbst mindestens zwei alternative Privatisierungskonzepte für den Stadtrat an. Wasserwerke, LWB und Stadtreinigung werden von verschiedenen Stadträten als Privatisierungskandidaten genannt.



Lyudmila Au-rov, Mutter von zwei Kindern

„Die Stadtwerke müssen in Leipzigs Besitz bleiben. Städtisches Eigentum darf nicht verkauft werden, damit meine Kinder auch in Zukunft bezahlbaren Strom haben.“



Gunter Böhnke, Kabarettist

„Als Kind verbrachte ich meine Ferien auf dem Dorf. Da fiel mir auf, dass nicht die fettesten Kühe geschlachtet wurden, sondern eher die mageren. Warum, wurde mir bald klar: Der Bauer sagte: ‚Kühe, die Milch geben, werden nicht geschlachtet, sondern gemolken!‘“



Helga Brachmann, Rentnerin

„Ich wünsche mir seit Jahren, dass wir Bürger über unsere Belange selbst entscheiden können. Erstmals am 27. Januar können wir beim Bürgerentscheid unsere Meinung äußern im Interesse unserer Kinder, Enkel und Urenkel!“



Matthias Schletter, Gasmonteur

Egal ob bei Strom, Gas oder Fernwärme, wir sorgen rund um die Uhr für Versorgungssicherheit. Das ist für die Leipziger wichtig. So soll es auch bleiben.

Tag der offenen Tür

Am 26. und 27. Januar 2008 veranstalten die Stadtwerke Leipzig „Tage der offenen Tür“ in der Gas- und Dampfturbinenanlage am Kraftwerkstandort Nord in der Eutritzscher Straße 14b. Interessierte bitte unter der Telefonnummer 0341-121 6666 oder Online anmelden.

Stadtreinigung und ihre Privatisierung. Außerdem soll die Stadt aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband austreten.

■ **März 2005:** Der Oberbürgermeisterkandidat der FDP, Kessler, spricht sich für einen Kompletterwerb der Stadtwerke und die Privatisierung aller kommunalen Unternehmen einschließlich der Krankenhäuser aus. Nur Verkehrsbetriebe und Wasserwerke sollen ausgenommen werden. Das Personal der Stadtverwaltung soll halbiert werden.

Der OBM-Kandidat der CDU, Ro-

bert Clemen, will aus dem Bereich Stadtentwicklung und Bau ein Drittel des Personals „outsourcen“ und erwägt, unter Umständen das Liniennetz der LVB „auszudünnen“.

Nach Presseberichten sieht ein internes Strategiepapier der städtischen Holding LVV vor, den Umsatz der Unternehmensgruppe von etwas über einer Milliarde auf ca. 1,6 Milliarden Euro im Jahre 2008 zu steigern.

CDU-Fraktionschef Achminow kündigt Widerstand gegen eine „weitere Aufblähung des LVV-Kombinats“ an. Die CDU werde „einer Konzernstrategie nur zustimmen, wenn sie mit er-

Regierungspräsident Steinbach (CDU) genehmigt den Leipziger Haushalt nur mit Auflagen. „Ohne Veräußerung von städtischem Vermögen und den Verkauf kommunaler Unternehmen wird die Stadt Leipzig auf Dauer nicht mehr leistungsfähig sein.“ (LVZ, 31.5.2005)

Oberbürgermeister Tiefensee (SPD) strebt dagegen weiter einen „starken Konzernverbund“ der städtischen Unternehmen an.

■ **Juni 2005:** Rathauspitze und die Führung der LVV - Gruppe beraten über eine Umstrukturierung der kom-



Auch um die geht es uns,

Der Bürgerinitiative geht es nicht nur um die Stadtwerke Leipzig. Auch die anderen Kommunalen

Kommunale Wasserwerke Leipzig (KWL)

Die Kommunalen Wasserwerke Leipzig (KWL) versorgen auf einem Gebiet von rund 600 Quadratkilometern mehr als 610 000 Menschen mit Trinkwasser und entsorgen für sie umweltgerecht das Abwasser.

Gesellschafter der KWL sind zu 74,65 Prozent für die Stadt Leipzig die Leipziger Verkehrs- und Versorgungsgesellschaft (LVV) und zu 24,35 Prozent der Zweckverband für Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung Leipzig-Land. Die KWL steht in der mehr als 500jährigen Tradition öffentlicher Wasserversorgung in Leipzig. Wesentliche Tochtergesellschaften der KWL sind die Bau + Service Leipzig GmbH als Fachbetrieb für Anlagen der Wasserver- und Abwasserentsorgung und die Sachsen Wasser GmbH als Anbieter wasserwirtschaftlicher Dienstleistungen.

2004 wurde nach einer Ausgliederung aus dem Städtischen Sport- und Bäderamt unter dem Dach der KWL die Sportbäder Leipzig GmbH gebildet.

Das Trinkwasser wird durch ein Rohrnetz von 3 188 km an die Verbraucher geleitet; das Abwasser wird über ein Kanalnetz von 2 466 km, über 152 Pumpwerke und in 20 Kläranlagen entsorgt.

Im Jahre 2006 investierte die KWL 63 Mio. Euro – 2007 wurde voraussichtlich ein annähernd gleich großer Wert erreicht. Der Erneuerungsbedarf bis 2020 wird 542 Mio. Euro (für die Netze) betragen.

Als kommunales Unternehmen sind die Wasserwerke den Zielen der Versorgungssicherheit, Wirtschaftlichkeit und der regionalen Wertschöpfung ebenso verpflichtet wie einer nachhaltigen Trinkwasserversorgung, einer umweltgerechten Abwasserentsorgung, dem Grundwasserschutz oder z.B. der Nutzung von Klärschlamm für die Energiegewinnung aus Biomasse.

Diese Leistung wird von 534 Beschäftigten in 26 verschiedenen Berufen garantiert. Rund 40 junge Menschen bereiten sich bei der KWL in einer Berufsausbildung darauf vor, in Zukunft diese Dienstleistung zu erbringen.

Der Eigenbetrieb Stadtreinigung

Die Stadtreinigung wird als kommunaler Eigenbetrieb geführt. Die Erbringung der Leistungen für die Bürger wird über Gebühren (z.B. für die Abfallentsorgung) und durch planmäßige Ausgaben aus dem städtischen Haushalt (z.B. für die Grünpflege) finanziert.

Über die Leistungen und die Erhebung von Gebühren entscheidet der Stadtrat mit entsprechenden Satzungen. Über nicht gebührenpflichtige Leistungen entscheidet der Stadtrat im Rahmen der Haushaltsbeschlüsse.

Der Eigenbetrieb wird wirtschaftlich nach dem Prinzip der Kostendeckung geführt. Im Unterschied zu privaten Unternehmen verfolgt er keine Gewinnerzielungsabsicht.

Das Aufgabenspektrum des Betriebes umfasst im wesentlichen:

- die Abfallentsorgung (Restmüll, Bioabfälle, Sperrmüll, Elektrogeräte und Haushaltsschrott, Schadstoffe) und die Rekultivierung und Nachsorge von Altdeponien,

- die Grünpflege (216 Spielplätze, Straßenbegleitgrün, Parks und Grünanlagen – insgesamt 901 Hektar – einschließlich Baumpflege und andere gärtnerische Facharbeiten),

- die Straßenreinigung (1500 km),
- den Winterdienst (550 km).

Daneben tragen die Beschäftigten durch Sondereinsätze während und nach Großereignissen (z.B. bei der Fußballweltmeisterschaft) mit dazu

bei, dass die öffentliche Infrastruktur voll funktionsfähig bleibt.

Im Eigenbetrieb arbeiten ca. 850 Beschäftigte. Ca. 90 Azubis werden in verschiedenen Berufen ausgebildet. Mit fast 70 Schwerbehinderten trägt er mit dazu bei, dass die Stadt Leipzig die Schwerbehindertenquote übererfüllt.

Das Städtische Klinikum St. Georg

Das Klinikum St. Georg umfasst den Städtischen Eigenbetrieb sowie die Unternehmensgruppe St. Georg. Diese ist als gemeinnützige GmbH mit fünf Tochtergesellschaften (darunter das ehemalige Landeskrankenhaus Hubertusburg in Wermisdorf) organisiert und befindet sich zu 100% im Eigentum der Stadt Leipzig.

Als gemeinnützige Gesellschaft verfolgt sie nicht das Ziel, Gewinne zu erzielen. Die Gruppe erbringt über die normalen Aufgaben eines Krankenhauses hinaus Leistungen im medizinisch - sozialen Bereich ohne besondere Zuführungen aus dem Städtischen Haushalt.

Das Klinikum ist ein Krankenhaus der Schwerpunktversorgung mit überörtlichen Funktionen. Es erbringt Leistungen als Schwerbrandverletzententrum für Sachsen. Für den mitteleuropäischen Raum ist es das Kompetenzzentrum für Infektionskrankheiten.

In Leipzig verfügt das St. Georg in zwanzig Kliniken über 1700 Bet-

ten und Plätze in Tageskliniken, im Maßregelvollzug, in der Rehabilitation sowie im Bereich medizinisch-sozialer Wohnheime, in Notschlafstellen und Übernachtungshäusern.

Die geriatrische Klinik führt Komplexbehandlungen von der Akutbehandlung über die Tagesklinikbetreuung bis zur stationären Rehabilitation durch.

Das Klinikum verfügt über ein Behandlungszentrum für Onkologie (Krebsheilkunde) sowie für Brustkrankheiten, eine Tumorberatungsstelle und ein Begegnungs- und Informationszentrum für Krebskranke und deren Angehörige. Neben der Erwachsenenendialyse wird in Kooperation mit dem Kuratorium für Heimdialyse das einzige Kinderdialysezentrum Sachsens betrieben.

Zu den interdisziplinären und überregionalen Behandlungszentren gehören ein Trauma-, ein Gefäß- und Fußzentrum, ein Schlaganfall-, ein Schmerz-, ein Wund-, ein Thorax- und ein Kontinenzzentrum sowie ein Zentrum für Reise- und Tropenmedizin.

Das St. Georg erfüllt mit der Klinik für Forensische Psychiatrie (Maßregelvollzug) eine hoheitliche Pflichtaufgabe des Landes, die nicht an private Einrichtungen oder freie Träger übertragen werden kann.

Das St. Georg ist Träger verschiedener medizinisch-sozialer Angebote: eines Pflegeheims für Wachkomapatienten, einer sozialtherapeutischen Wohnstätte für chronisch-psychisch Kranke mit einer Außenwohngruppe, des Verbunds Gemeindefreie Psychiatrie mit fünf Standorten in Leipzig, dem Zentrum für Drogenhilfe mit fünf Stützpunkten in der Stadt. Damit erfüllt es für die Stadt und die Region ein Alleinstellungsmerkmal.

Zum Klinikum gehört ein Bildungszentrum mit Medizinischer Berufsfachschule. Es ist Fortbildungsstätte für mittleres medizinisches Personal und für Ärzte.

Jährlich werden mehr als 40 000 Patienten stationär oder teilstationär versorgt und ca. 2 200 ambulant operiert. Insgesamt arbeiten für die Unternehmensgruppe ca. 3 000 Beschäftigte.



munalen Unternehmensgruppe. Dabei soll auch ein Verkauf von Tochtergesellschaften der Unternehmen erörtert worden sein.

■ **Dezember 2005:** Die CDU-Fraktion spricht sich für eine stärkere Bindung der LVB-Finanzierung an gefahrene Fahrzeugkilometer und für den Verkauf von Tochterfirmen aus.

■ **Januar 2006:** Stadtkämmerin Bettina Kudla (CDU) hat der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PWC den Auftrag für ein Gutachten erteilt. Im Ergebnis werden folgende städtische

Beteiligungen als für (Teil-) Verkäufe geeignet betrachtet: Abfall-Logistik Leipzig, Abfallverwertung Leipzig, Stadtwerke, Wasserwerke, Leipziger Computer- und Systemhaus (LeCos), Klinikum St. Georg.

■ **Februar 2006:** OBM-Kandidat Jung (SPD) hält einen Anteilsverkauf bei den Stadtwerken für möglich, OBM-Kandidat Albrecht (CDU) sieht in der LWB einen Privatisierungskandidaten.

■ **März 2006:** Kämmerin Bettina Kudla (CDU) will 400 Millionen

Euro an Privatisierungserlösen erzielen, – „... für eine Veräußerung oder Teilverkäufe kommen nur die großen Firmen in Frage.“ (LVZ, 15.3.2006) Zur Diskussion stehen die „Big Five“ – Stadtwerke, Wasserwerke, Verkehrsbetrieb, Stadtreinigung und LWB. Das Klinikum St. Georg bezeichnet sie als „hohes Risiko“.

■ **April 2006:** Nach dem Dresdner WOB-Verkauf werden auch in Leipzig Stimmen laut, die den Verkauf der kommunalen Wohnungsgesellschaft – der LWB – fordern. Vertreter bzw. Mitglieder des Mietervereins, von

attac, der Gewerkschaft ver.di und einzelne Stadträte entscheiden sich, dagegen Widerstand zu organisieren. Das „Anti – Privatisierungsnetzwerk Leipzig“ (APRIL) wird gebildet.

■ **Mai 2006:** Die Stadträte Annemarie Opitz (CDU), Ingo Sasama (Bündnis 90/Die Grünen) und Siegfried Schlegel (PDS) – gleichzeitig Aufsichtsratsmitglieder der LWB – beziehen in einer gemeinsamen Erklärung gegen die Forderung nach dem Verkauf des Wohnungsunternehmens Position. OBM Jung (SPD) betont bei seiner Amtseinführung, dass im Rahmen des

...sie sollen kommunal bleiben

Firmen sind im Visier der Privatisierer. An dieser Stelle wollen wir sie daher kurz vorstellen.

Die Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB)

Die LWB, eine 100%ige städtische Gesellschaft, beschreibt ihren Unternehmenszweck in ihrem Leitbild so: „Wir wollen Wohnraum erhalten, verbessern und neu schaffen. Wir wollen dies in sozialer und städtebaulicher Verantwortung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, mieternah und bedarfsgerecht tun.“

Zum 31.12.2006 verfügte sie über ca. 50.000 Wohn- und Gewerbeeinheiten. Ihre zentrale Aufgabe ist die Wohnraum-Bewirtschaftung. In den letzten 15 Jahren wurde der größte Teil der aus DDR-Zeiten übernommenen Bestände durch Verkäufe bzw. durch die Rückgabe an Alteigentümer abgegeben.

Im Kernbestand hält die LWB aktuell rund 39.000 Wohnungen, das sind 12 % Marktanteil. Dass in Leipzig gegenwärtig ca. 100.000 Menschen in 48.000 Bedarfsgemeinschaften leben, zeigt die Bedeutung einer kommunalen Wohnraumversorgung.

Die LWB kann wegen des gut durchmischten Wohnungsbestandes unterschiedliche Wohnungsgrößen in verschiedenen Preiskategorien anbieten und ist bei preisgünstigen Wohnungen „Marktführer“.

80% der Lasten des Stadtumbaus trägt die LWB. Gleichzeitig pflegt sie die Zusammenarbeit mit verschiedenen städtischen Stellen, mit Sozialverbänden, kulturellen und sozialen Initiativen und Selbsthilfegruppen. Gemeinsam leisten die Kooperationspartner einen wichtigen Beitrag zum Quartiersmanagement, zur Wohnumfeldverbesserung und zur Förderung des nachbarschaftlichen Zusammenlebens. Das dokumentieren u.a. die Beteiligung an der Schaffung von Kindertageseinrichtungen, Nachbarschaftstreffs, Mehrgenerationenhäuser oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten für diverse Beratungsangebote, Gruppentreffen und Kurse.

Spezifische Projekte für Ältere und für Behinderte, Angebote zur Resozialisierung und zur Reintegration Wohnungsloser unterstreichen das soziale Engagement der LWB.

Die LWB ist einer der größten und



beständigen Auftraggeber für Handwerker und Dienstleistungsunternehmen in der Stadt und in der Region. Das Unternehmen hat sich für seine Vergabepolitik freiwillig an ein Regelwerk gebunden, das den besonderen Bedingungen regionaler Anbieter gerecht wird. Dieses kann angewandt werden, so lange die Schwellenwerte für europaweite Ausschreibungen – fünf Millionen Euro bei Bauleistungen, 200 000 Euro bei Lieferungen und Leistungen – nicht überschritten werden.

Dadurch haben Bietergemeinschaften kleinerer Firmen bessere Chancen für Aufträge gegenüber Generalunternehmern.

Für die laufende Instandhaltung wurden Rahmenverträge mit mehr als hundert ortsansässigen Handwerkern aus einem Dutzend Gewerken abgeschlossen. Der Effekt besteht u.a. in einer schnelleren Auftragsabwicklung zum einen und einer zügigen Zahlung

zum anderen.

Für das Geschäftsjahr 2004 zum Beispiel wurden Aufträge in Höhe von insgesamt mehr als 128 Millionen Euro vergeben. Fast 99 Millionen (ca. 77%) davon entfielen dabei auf die Region Leipzig/Halle. Zählt man Aufträge für Betriebe aus Sachsen dazu, sind es mehr als 104 Millionen (rund 82%).

Im Geschäftsjahr 2006 beschäftigte die LWB 500 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.

Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB)

Die Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB), zu 100% in kommunaler Hand, blicken mit Vorgängern auf 135 Jahre Geschichte zurück und haben knapp 2.400 Beschäftigte.

Für bestimmte Aufgabenfelder (Infrastruktur, Serviceleistungen, Aus- und Weiterbildung, Fahrdienst im Bus- und Straßenbahnbereich) hat das

Unternehmen Tochtergesellschaften gegründet.

Die LVB organisieren im Auftrag der Stadt Leipzig öffentlichen Personennahverkehr in der Stadt und in den angrenzenden Umlandgemeinden. Sie verfügen über ein Netz von 14 Straßenbahn- und 60 Buslinien und sichern damit für die Bevölkerung in allen Stadtteilen und den angeschlossenen Nachbarorten flächendeckend Mobilität.

Im Jahre 2006 wurden mit fast 11 Millionen gefahrenen Buskilometern und mehr als 24 Millionen Straßenbahnkilometern mehr als 125 Millionen Fahrgäste transportiert.

Die schrittweise Erneuerung des Fahrzeugparks und des Gleisnetzes sollen die Qualität und Attraktivität des Öffentlichen Personennahverkehrs erhöhen. Mit dem Ausbau des Netzes wird Verkehrsinfrakten wesentlich vorgebeugt und ein Beitrag für die Luftreinhaltung in unserer Stadt geleistet. Schulungen des Fahrpersonals zur Unterstützung von Menschen mit Behinderungen stehen für die systematische Verbesserung der Servicequalität. Die Arbeit des Fahrgastbeirates unterstützt diese Anliegen.

Neben dem Linienbetrieb wurden in den letzten Jahren immer wieder besondere Anforderungen bei Großereignissen in unserer Stadt gemeistert (Evangelischer Kirchentag, Deutsches Turnfest), zuletzt zur Fußballweltmeisterschaft. An fünf Spieltagen wurden bis zu 60 000 Fahrgäste pro Spieltag befördert.

Trotz gestiegener Einnahmen aus der Personenbeförderung und ständiger Kostenoptimierungen schlagen die Kürzungen öffentlicher Ausgleichszahlungen durch das Land z. B. für die Beförderung von Schülern und Schwerbehinderten und die Reduzierung der Zahlungen aus dem Verkehrsleistungsvertrag mit der Stadt zu Buche. Statt geplanter 64 Mio. Euro wurden lediglich 56 Mio. Euro gezahlt.

Mittlerweile erfolgt die Stützung des Nahverkehrs nicht aus dem Städtischen Haushalt, sondern über die LVV aus den Erträgen der Stadt- und der Wasserwerke.

allgemeinen Sanierungskonzepts „... der städtische Unternehmenskonzern LVV... 200 Millionen Euro in die Stadtkasse einbringen soll.“ Gleichzeitig bekräftigt er, dass ein Totalverkauf der LWB mit ihm nicht zu machen sei.

APRIL veranstaltet ein erstes Diskussionsforum unter der Frage „Droht der Ausverkauf der Stadt?“

Mit Dr. Franz-Georg Rips, dem Direktor des Deutschen Mieterbundes, wird die Rolle kommunaler Wohnungsunternehmen und die Problematik der Übernahmen durch Finanzinvestoren erörtert. Neben attac, ver.di und Mieterverein unterstützen die PDS, die Stadtrats-

fraktion von Bündnis 90/Die Grünen und die SPD die Veranstaltung, an der auch Mitglieder der CDU-Fraktion teilnehmen.

- **Juni 2006:** Unter dem Motto „Damit Qualität keine Abfuhr erhält!“ verteilen Beschäftigte der Stadtreinigung in ihrer Freizeit an 20000 Haushalte Mülltonnenanhänger der Gewerkschaft ver.di. Sie machen damit auf ihre Leistungen für die Bevölkerung aufmerksam und treten für den Erhalt des Eigenbetriebs ein.
- **Juli 2006:** OBM Jung (SPD) ver-

kündet sein Konzept: Verkauf eines 49,9%igen Anteils der Stadtwerke, gezielte Veräußerung von Wohnungsbeständen der LWB, „Bereinigung des Beteiligungsportfolios“.

- **September 2006:** Zweites Diskussionsforum von APRIL „Droht der Ausverkauf der Stadt?“ mit Prof. Dr. Peter Henricke, Präsident des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt und Energie, zur Bedeutung eigenständiger kommunaler Energieversorgung.

Unterstützer: attac, Mieterverein, ver.di, die Stadtratsfraktion von Bündnis90/Die Grünen, PDS und WASG.

Wieder nahmen Stadträte verschiedener Fraktionen teil.

Wie zuvor zur Stadtreinigung wird von ver.di – Kolleginnen und – Kollegen eine Verteilaktion zu den Stadtwerken in den Stadtteilen durchgeführt.

- **Oktober 2006:** Die CDU plädiert für die Bildung eines „kommunalen Mischkonzerns“ einschließlich der LWB unter Beteiligung eines privaten (Minderheits-) Partners.

- **November 2006:** OBM Jung einigt sich mit den Spitzen der CDU- und SPD-Fraktion auf einen gemeinsamen



Die Grenzen der Sparpolitik

Klaus Jungfers „Manifest für starke Kommunen“

Prof. Dr. Hans-Gert Gräbe, Informatiker

„Ich stimme mit JA. Es ist eine Schnapsidee, angesichts der heraufziehenden globalen Energiekrise die eigene Versorgungssicherheit zweifelhaften „strategischen Optionen“ zu opfern.“

Axel Grundmann, Elektromeister

„Die Stadtwerke sind ein stabiler Partner fürs Handwerk. Deshalb stimme ich mit JA.“

Susann Schimang, Kinderkrankenschwester

„Die Stadtwerke sind nicht die billigsten auf dem Markt, aber die Gewinne die sie machen fließen zu 100% wieder

Petra Radtke, Frührentnerin

„Betriebe, die Geld bringen, dürfen nicht verkauft werden. Ihre Gewinne helfen der Stadt auch bei der Finanzierung von Kulturstätten und Freizeiteinrichtungen.“

Norbert Appel, Buchhändler:

„Die Stadt soll ihr Eigentum zusammenhalten. So kann sie am besten die Grundversorgung beeinflussen.“

„Leipzig ist nicht München.“ – so soll Oberbürgermeister Jung reagiert haben, als ihm am 12. Dezember vor der Ratsversammlung Klaus Jungfers „Manifest für starke Kommunen“ übergeben wurde. Wird man so der tiefgründigen Analyse des ehemaligen Kämmerers der bayrischen Metropole gerecht? Er weiß wovon er spricht, wenn er kenntnisreich die Hintergründe und Konsequenzen der Finanznot der bundesdeutschen Städte und Gemeinden aufzeigt. Als wichtigste Symptome nennt Jungfer den dramatischen Verfall ihrer Investitionstätigkeit mit drastischen Konsequenzen für die regionale Wirtschaftskraft und den Arbeitsmarkt einerseits sowie den explosionsartigen Anstieg der Kassenkredite zu Finanzierung der laufenden Ausgaben in den vergangenen Jahren andererseits. Als Ursachen benennt er eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, die auf Steuersenkungen, Kürzungsorgien bei den Staatsausgaben sowie den Abbau oder die Privatisierung öffentli-

Stadtwerke und lokale Wirtschaft

„Wovon wollen wir in Leipzig leben“, heißt eine in Wahlkampfzeiten immer wieder gestellte Frage. Auf den Bereich der heimischen Wirtschaft bezogen lässt sich diese Frage eindeutig beantworten: Natürlich von den Aufträgen unserer Kunden! Von Aufträgen, bei denen auch noch ein Gewinn gemacht werden kann und der Auftragnehmer nicht so lange „ausgequetscht“ wird, bis er nur noch den Auftrag bekommt, aber praktisch nichts mehr daran verdient. Deshalb ist die Frage des Verkaufs von Anteilen kommunaler Unternehmen auch für die heimische und regionale Wirtschaft von großer Bedeutung. Immerhin vergeben die kommunalen Unternehmen einen Großteil ihrer Aufträge an kleine und mittelständische Unternehmen in Leipzig und der Region. Die LVV-Gruppe (also Wasserwerke, Stadtwerke und Verkehrsbetriebe) vergibt 67 Prozent ihrer Aufträge an regionale Unternehmen. Für das Jahr 2006 waren das Aufträge im Wert von 108 Millionen Euro. Von 1995 bis 2006 entspricht die Höhe

der in der Region vergebenen Aufträge 2,5 Mrd. Euro. Das trifft auch auf die anderen großen Leipziger Unternehmen zu. Die LWB z.B. vergab im Jahr 2006 ein Auftragsgesamtvolumen von 105,5 Mio in der Region Leipzig.

Und aus diesen Erträgen werden weder exorbitante Managergehälter bezahlt noch Aktionärsgehälter bedient. Damit werden Arbeitsplätze im Betrieb gesichert, die Betriebe werden modernisiert und junge Leute bekommen eine Chance auf einen Ausbildung. Sicher würde bei einem Anteilsverkauf nicht unmittelbar das gesamte Auftragsvolumen der Stadtwerke von heute auf morgen gestrichen. Aber es ist ebenso klar, dass der potenzielle Mitinhaber – und hier geht es um einen „Global Player“ – natürlich auch seine Vorstellungen in Bezug auf Auftragsvergaben einbringt. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich eine Privatisierung negativ auf die Wertschöpfung vor Ort auswirken würde.

cher Leistungen setzt, um auf längere Sicht das Wirtschaftswachstum anzukurbeln und Arbeitsplätze zu schaffen. Die versprochenen Wirkungen sind allerdings bislang ausgeblieben, so Jungfers nüchternes Fazit.

Um der Finanznot zu enttrinnen hätten viele Kommunen ihre Arbeitsweise verbessert. Immer häufiger jedoch gingen sie dazu über, ihr Vermögen, wie Grundstücke, Versorgungsbetriebe oder Wohnungsgesellschaften, zu verkaufen, um mit den einmaligen Erlösen für etwas Entspannung ihren maroden Haushalten zu sorgen. „Die Not kennt kein Gebot.“ Jungfer warnt jedoch nicht ohne Grund, dass sich die damit verbundenen Hoffnungen zur Überwindung der kommunalen Finanzkrise bald als Täuschung erweisen könnten. Denn die Ursachen der prekären Finanzen liegen nicht in erster Linie bei ihnen selbst: „Die Kommunen haben gespart und Leistungen eingeschränkt. Das aber hat ihnen nicht geholfen, weil gleichzeitig ihre Einnahmen real stagnierten und der Staat ihnen immer höhere Umlagen auferlegt und neue Aufgaben zugewiesen hat, die die Effizienzgewinne der Sparprogramme aufzeherten.“

Klaus Jungfer, Die Stadt in der Krise – Ein Manifest für starke Kommunen, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2005, 237 Seiten

Hintergrund

Monopoly - die wollen einsteigen!

Gaz de France (GdF) – zu ca. 80% in Staatsbesitz, Jahresumsatz: ca. 28 Milliarden Euro, Gewinn: 3,6 Milliarden Euro, 50 000 Beschäftigte. Beteiligungen u.a.: 5,25% an der VNG, -31,6% an der Berliner GASAG.

Electrabel – belgisch-französischer Energieversorger, Beteiligungen in Saarbrücken und Gera. Teil der Suez-Gruppe, 160 000 Beschäftigte, Umsatz: 44 Milliarden, Gewinn: ca. 5,4 Milliarden Euro.

EnBW (Energie Baden-Württemberg) – gehört zu je 45% der Electricite de France und dem Zweckverband Oberschwäbische Elektrizitätswerke, 21 000 Beschäftigte, Jahresumsatz: ca. 13 Milliarden Euro, Gewinn: ca. 1,5 Milliarden.

Veolia – auf den Gebieten Wasser, Entsorgung, Energie und Transport tätiger Konzern, 300 000 Beschäftigte, Jahresumsatz: 29 Milliarden Euro, Gewinn: ca. 2,1 Milliarden. Beteiligungen u.a.: je 74,9% an der Braunschweiger BS Energy sowie an den Stadtwerken Görlitz und Weißwasser. (Quellen für die Unternehmenszahlen: www.newsinvest.fr, www.enbw.de)

Vorschlag, der sowohl eine Teilprivatisierung der Stadtwerke wie – zu einem späteren Zeitpunkt – der LVV und eine Reduzierung des Bürgerschaftsrahmens der LWB vorsteht. Für die Stadtreinigung soll die Möglichkeit einer Privatisierung geprüft werden.

Am 14. November organisieren Beschäftigte der Stadtreinigung einen Auto-Corso. Zur Stadtratssitzung am 15. November demonstrieren mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger, darunter Beschäftigte von Stadtwerken, Stadtreinigung und anderen kommunalen Betrieben und Studierende. In namentlicher Abstimmung werden

die einzelnen Punkte des von OBM Jung mit der CDU- und SPD – Fraktionsspitze vorgelegten Antrages („Opernball“-Kompromiss) mit jeweils knappen Mehrheiten angenommen.

■ **Dezember 2006:** Regierungspräsident Steinbach bemängelt, dass der Ratsbeschluss zur Teil-Privatisierung von SWL und LVV nicht weit genug geht. Er hält einen Mehrheitsverkauf der Stadtwerke für „wirtschaftlicher“.

■ **Januar 2007:** Die für die Kommunalaufsicht zuständige Abteilungslei-

terin des Regierungspräsidiums, Frau Reichelt, fordert die Stadt zu weiteren Verkäufen auf. So seien Komplettverkäufe der LWB und der perdata denkbar.

■ **März 2007:** Das Regierungspräsidium bekräftigt seine Kritik am Kurs der Stadt und fordert erneut, die kommunale Wohnungswirtschaft zur Disposition zu stellen und den Nahverkehr perspektivisch ohne Zuschüsse zu garantieren.

■ **Juli 2007:** CDU-, SPD- und FDP/Bürgerfraktion stellen gemeinsam

den Antrag, parallel zum Stadtwerke - Anteilsverkauf einen verbindlichen Zeitplan für einen LVV-Anteilsverkauf zu beschließen.

■ **September 2007:** Mit einer Auftaktveranstaltung am 3. September auf dem Nikolaikirchhof beginnt die Unterschriftensammlung unter das Bürgerbegehren für den Erhalt der Unternehmen der Daseinsvorsorge in kommunaler Hand.

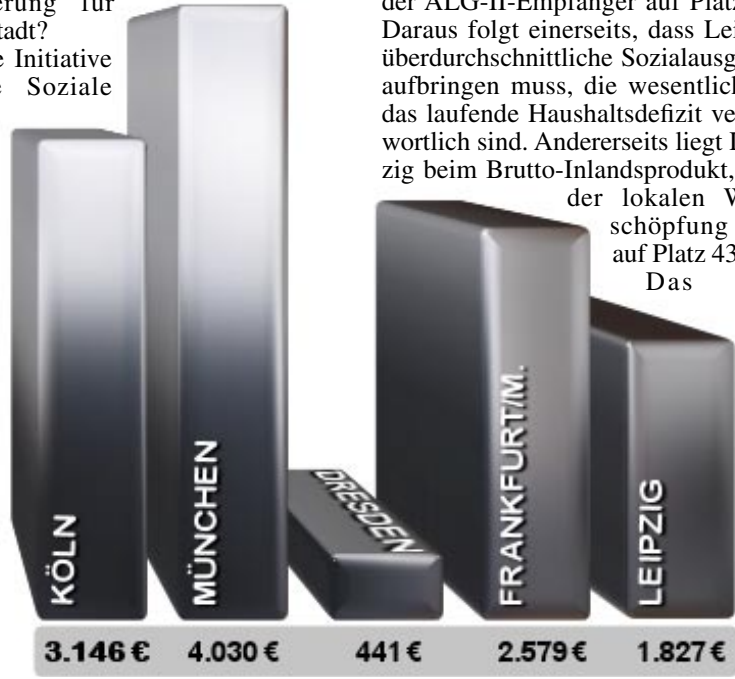
■ **Oktober 2007:** Der CDU – Fraktionsvorsitzende Achminow fordert den Oberbürgermeister auf, die Vorlage

Die Verschuldung Leipzigs – ein Sonderfall?

Wie sehr die Schulden Leipzig wirklich drücken

Leipzigs Schulden von ca. 900 Mio. Euro werden als wichtiger Grund für den Verkauf kommunalen Eigentums genannt. Wo steht Leipzig im Vergleich deutscher Großstädte? Und ist die Verschuldung die zentrale Herausforderung für die Stadt?

Die Initiative Neue Soziale



Pro- Kopf-Verschuldung der Bürger

Marktwirtschaft, vom Arbeitgeberverband der Metall- und Elektroindustrie ins Leben gerufen, veröffentlicht jährlich ein Städteranking. In ihm werden 50 deutsche Großstädte anhand verschiedener wirtschaftlicher und sozialer Daten verglichen.

Leipzig liegt dort bei der Schuldenquote auf Platz 22 und rund 200 Euro unter dem bundesdeutschen Durch-

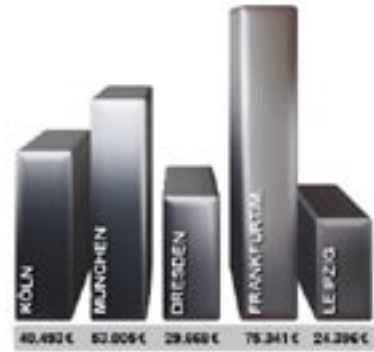
schnitt der Pro-Kopf-Verschuldung. Die Zahlen ausgewählter anderer Städte sind der Übersicht zu entnehmen. Dresden hat durch die kurzfristige Entlastung nach dem WOBA-Totalverkauf eine Sonderposition.

Leipzig kommt bei der Arbeitslosenquote auf Platz 49 und bei der Zahl der ALG-II-Empfänger auf Platz 46. Daraus folgt einerseits, dass Leipzig überdurchschnittliche Sozialausgaben aufbringen muss, die wesentlich für das laufende Haushaltsdefizit verantwortlich sind. Andererseits liegt Leipzig beim Brutto-Inlandsprodukt, also der lokalen Wertschöpfung nur auf Platz 43.

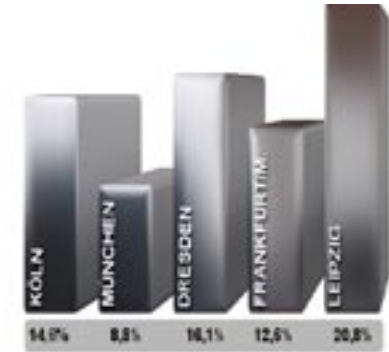
Das tat-

sächliche Problem in Leipzig ist also die zu geringe Wertschöpfung und die viel zu geringe Zahl von gut bezahlten Arbeitsplätzen, die eine größere Kaufkraft und wesentlich mehr Steuereinnahmen zur Folge hätten.

Damit zeigt sich zugleich, dass der (Teil-) Verkauf kommunaler Unternehmen, die Arbeit und Wertschöpfung garantieren, die falsche Medizin ist.



BIP pro Einwohner



Arbeitslosenquote in Prozent

vom Juli 2007 konsequent umzusetzen und den LVV- Anteilsverkauf definitiv anzugehen.

Oberbürgermeister Jung präsentiert auf einer Pressekonferenz seinen Vorschlag an den Stadtrat, 49,9 Prozent der Stadtwerke für 520 Millionen Euro an Gaz de France zu verkaufen. Zu den letzten Bietern gehören noch Electrabel, EnBW und Veolia.

■ **November 2007:** In der Bürger-sprechstunde am 6.11. werden OBM Jung ca. 42000 Unterschriften unter das Bürgerbegehren überreicht. Die SPD – Fraktion rückt nach der Vorlage

eines Rechtsgutachtens und einer Stellungnahme der städtischen Beratungsgesellschaft BBVL vom LVV-Anteilsverkauf ab.

Die CDU-Stadträte Liebscher und Maciejewski machen die CDU-Zustimmung zum Stadtwerke-Anteilsverkauf von einer Teilprivatisierung der LVB bis spätestens Anfang 2009 abhängig.

■ **Dezember 2007:** Der Stadtrat beschließt am 12.12. bei zwei Enthaltungen, am 27. Januar 2008 den Bürgerentscheid durchzuführen.

CDU-Fraktionsvorsitzender Achminow wirft dem Oberbürgermeister und

Rekommunalisierung - weil sich's rechnet!

„Privat vor Staat“ – diesem neoliberalen Dogma folgten jahrelang viele Kommunen und Landkreise und gaben Müllentsorgung, Grünpflege, Wohnungsgesellschaften und andere kommunale Einrichtungen an Private ab. Mit der Liberalisierung des Strommarktes Ende der neunziger Jahre gerieten bundesweit Stadtwerke auf die Einkaufsliste der großen Stromkonzerne.

Die Privatisierung sollte helfen, den Druck eng gewordener Haushaltsspielräume zu mildern. Nebenbei sollte es durch Private bei gleichbleibender Qualität möglichst billiger werden.

Die Zeiten und der Trend haben sich geändert. In rund zwei Dutzend Landkreisen wurde die Müllentsorgung wieder in öffentliche Hand genommen.

In Nürnberg wird künftig ein Teil der privatisierten Grünpflege wieder in kommunaler Trägerschaft erledigt. In Dortmund und Freiburg wurden ähnliche Entscheidungen für die Gebäudereinigung getroffen. Die Stadt Hannover stellt wieder Prüfstatiker ein.

Schon vor Jahren hat die nordrhein-westfälische Stadt Bergkamen die Abfallentsorgung in eigene Hände zurück geholt. Bereits 1996 hat sie mit anderen Kommunen die Strom- und Erdgasnetze von VEW übernommen.

Auch die Fernwärme- und Trinkwasserversorgung sind dort in kommunaler Hand.

Potsdam hatte die Teilprivatisierung der Wasserbetriebe im Jahr 2000 wieder rückgängig gemacht.

In Kassel wurde ein geplanter Verkauf weiterer Stadtwerke-Anteile nach einer wirtschaftlichen Prüfung gestoppt.

In all diesen Fällen erfolgte die Entscheidung, weil klug nachgerechnet wurde. Wie wirkte sich die Privatisierung auf die Einnahmen und Ausgaben der Kommunen aus? Wie haben sich Qualität, Versorgungssicherheit und Preise für die Verbraucher entwickelt? Welche Konsequenzen ergaben sich für die Beschäftigten?

Mancher Kommunalpolitiker musste unter Berücksichtigung aller Kosten feststellen, dass die Privaten doch nicht günstiger waren oder – wie beim Trinkwasser in Potsdam – den Bürgern unangemessene Preiserhöhungen zumuteten. Und Lohnabsenkungen z. B. bei privaten Entsorgern und Reinigungsbetrieben hatten zu zusätzlichen Belastungen der Sozialhaushalte geführt.

Nachrechnen lohnt sich also! Und gemeinsam mit Bürgern und Beschäftigten können bessere Alternativen entwickelt werden!

Der Verkauf gewinnstarker und zukunftsträchtiger Unternehmen hat nichts mit Nachhaltigkeit zu tun! Unsere Enkel wollen nicht nur ein möglichst geringen Schuldenstand erben, sondern auch Instrumente, um vor Ort Probleme lösen und Gewinne erwirtschaften zu können.“ Christian Ude, Oberbürgermeister von München (SPD)

Glosse

Das, was bleibt

Politik ist ein kurzlebiges Geschäft. Verständlich, dass Mandats- und Würdenträger nach Möglichkeiten suchen, die sie im Bewusstsein halten. So lange wie möglich. Wenn's geht, auch für immer. Tröndlin, Georgi, Koch und Müller ... Leipzig hält viele seiner Bürgermeister in ehrendem Andenken. Es ist kein Wunder, dass auch Stadtväter letzter Zeiten im Gedächtnis bleiben möchten. Museum der Bildenden Künste, City-Tunnel, die Promenaden des Hauptbahnhofes, Pissbuden auf dem (beinahe) Platz der friedlichen Revo-

lution ... Nicht immer anerkennt das Wahlvolk solch mutige Entscheidungen des Rathauses. Burkhard Jung möchte die Stadtwerke anteilmäßig gut verkaufen. Ob ihm die Verhökering kommunalen Eigentums den Platz in den Geschichtsbüchern sichert, ist fraglich. Sicher jedoch ist ihm die Nachrede, wenn Leipzig im ersten Bürgerentscheid dem Oberbürgermeister nicht zu Willen ist. Auch das ein Grund mit JA zu stimmen, sichern Sie Herrn Jung den Platz in den Geschichtsbüchern. Er hat ihn verdient. **Henner Kotte**

Info

Mehr Informationen

Leider konnten wir aus Platzgründen viele Informationen und Beiträge zur Diskussion nicht abdrucken. Einige Artikel wurden teilweise stark gekürzt.

Wer an mehr Hintergrundinformationen und Meinungen interessiert ist, kann dies im Internet unter www.buergerbegehren-leipzig.de und www.april-netzwerk.de weitere Beiträge und hier abgedruckte Artikel ungekürzt lesen.

der SPD-Fraktion vor, „wortbrüchig“ zu sein, da sie die LVV-Teilprivatisierung aufgegeben haben. Er fordert, dass für LVB und LWB private Partner gesucht werden.

OBM Jung verkündet nach der Vorlage eines Projektberichtes der ‚bbvl‘, dass die Stadtreinigung nicht privatisiert, sondern in der Form des Eigenbetriebes weitergeführt werden soll.

Sven Morlock (FDP) fordert, dem Stadtrat neben dem Kaufangebot von Gaz de France auch die weiterer Bieter vorzulegen.

Die Bürgerinitiative beginnt mit der Vorbereitung ihrer Plakatierungsaktion.



Stimmzettel

zum Bürgerentscheid am 27. Januar 2008
in der Stadt Leipzig über die Frage

„Sind Sie dafür, dass die kommunalen Unternehmen und Betriebe der Stadt Leipzig, die der Daseinsvorsorge dienen, weiterhin zu 100% in kommunalem Eigentum verbleiben?“

Zu diesen Unternehmen und Betrieben zählen namentlich die LVV (Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH), Stadtwerke Leipzig GmbH, Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH, Klinikum St. Georg gGmbH, Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Kommunale Wasserwerke Leipzig GmbH und der Eigenbetrieb Stadtreinigung Leipzig.“



Ja



Nein

Ihre Stimme zählt! Deshalb: Zur Wahl gehen! So viel Zeit muss sein.

Die Wahllokale haben am 27. Januar 2008 von 8:00 bis 18:00 Uhr geöffnet. Alle Abstimmungsberechtigten haben bis zum 6. Januar 2008 ihre Wahlbenachrichtigungskarten erhalten. Auf dieser Karte ist das zuständige Wahllokal verzeichnet.

Wer am 27. Januar 2008 sein Wahlrecht nicht wahrnehmen kann, hat die Möglichkeit bis zum 25. Januar 2008 Briefwahlunterlagen zu beantragen. In der letzten Woche vor der Abstimmung ist die direkte Briefwahl in der Briefwahlstelle anzuraten.

Die Briefwahlstelle befindet sich im Neuen Rathaus, Eingang Lotterstraße. Tel. 0341 1232865, Fax: 0341 1232862 E-Mail: briefwahl@leipzig.de

Sie haben eine Stimme zu vergeben. An das Ergebnis des Bürgerentscheides ist der Oberbürgermeister und der Stadtrat drei Jahre gebunden. **Ihr Kreuz bei Ja heißt: Keine Privatisierung der kommunalen Unternehmen und Betriebe der Stadt Leipzig, die der Daseinsvorsorge dienen.**

Glosse Teile und beherrsche Dich

Von Guntram Gulf
Gestern Morgen festgestellt, dass mir jemand in die Regentonne gesch... hat. Sogleich bei „Barrel-Sharing“ in Sacramento angerufen, dem Mehrheitseigner meiner im letzten Jahr verkauften Regentonne. Dort erfahren, dass meine Tonne zwischenzeitlich zur Gemischtbelegung freigegeben und zu 25 Prozent an das örtliche Pflegeheim weiterverkauft wurde. Mache auf Basis meiner 5 Prozent Anteile am Gefäß gewisse Eigeninteressen geltend, ernte Gelächter.

Gartenlaube kompensieren. Schlüssel passt allerdings nicht ins Schloss der Laubentür. Finde dafür Brief an der Tür, der mir den Einbau einer gepanzerten „Secura“-Laubentür verkündet, welcher im Auftrag von „Schreber-Invest“, 51prozentiger Anteilseigner an meiner Kleinimmobilie, durchgeführt wurde. Bin zunächst froh, dass ich nur 49 Prozent an der Laube besitze, „Schreber-Invest“ also den Löwenanteil an der Tür blechen muss. Stelle allerdings wenig später in den AGB fest, dass für sicherheitsrelevante Umbauten der Minderheitsbeteiligte zu 100 Prozent aufzukommen hat. Fluche auf

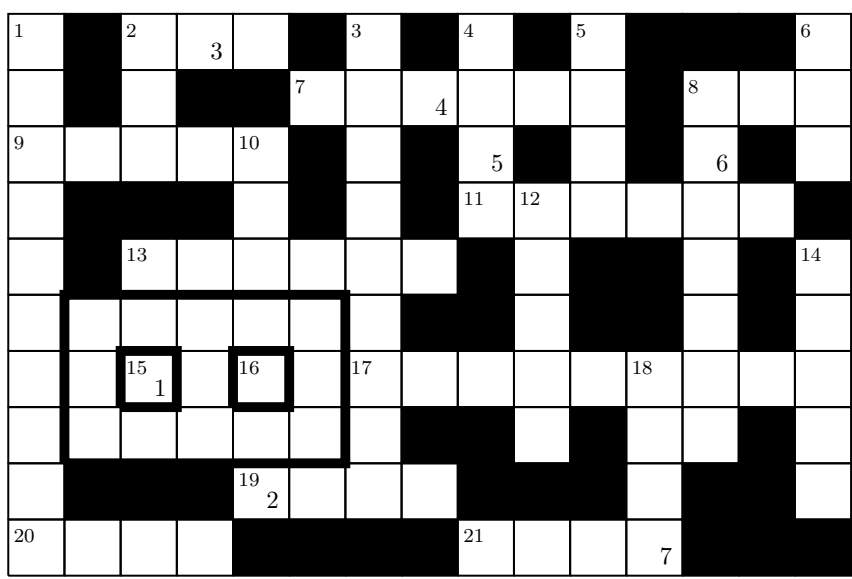
die „Schreber Invest“, welche, wie mir ein Gartenfreund versichert, wiederum hundertprozentiger Eigentümer der „Secura-Tür GmbH“ ist.

Wandere entlang der stillgelegten Straßenbahntrasse nach Hause. Daheim angekommen, muss ich ein wenig warten, da der Herr Ortsamtsleiter gerade 50 Prozent meiner Gattin in Beschlag hat und auf Vertragserfüllung pocht.

Unterhalte mich in der Zwischenzeit mit dem Boten von „Pizza Canossa“, der in unserem Herd eine Pizza zur Auslieferung an meinen Gartennachbar bäckt. Nachdem die Pizza fertig ist, schließt der Bote die Herdklappe ab und verabschiedet sich. Ein netter Kerl.

Falle neben meiner ebenfalls er-

schöpften Frau ins Bett und schlafe noch vor dem Stromausfall ein. Falle gegen sieben schlafend aus dem Bett, breche mir den Arm. Nach sieben Stunden im Wartezimmer sitze ich endlich vor dem Doktor. Der beauftragt den Zivildienstleistenden mit meiner medizinischen Versorgung und wirft hin und wieder einen prüfenden Blick auf meinen Arm, widmet sich jedoch ansonsten der Lektüre. Beim Umblättern erkenne ich, dass es sich dabei um den Jahresbericht der „Schreber Invest“ handelt. Jetzt beauftrage ich den Zivildienstleistenden mit der medizinischen Versorgung des Arztes und werfe hin und wieder einen prüfenden Blick auf dessen klaffende Wunden.



1 2 3 4 5 6 7 2 0 0 8

Waagrecht: 2. Nachtlokal, Tresen, 7. Wochentag des Friedensgebets, 8. Schneeschuh, 9. universitäres Leitungsorgan, 11. Folge übermäßigen Alkoholgenusses, 13. Einwohner Leipzigs, 17. Wahl, Votum, 19. Verfolgung, Hatz, 20. Gegenteil von Ferne, 21. Gewässer
Senkrecht: 1. kaufen, erwerben, 2. Gutschein, 3. Leipzigs Hausberg, 4.

unzugänglich, halsstarrig, 5. Winterhaus der Eskimos, 6. Endgültige Verneinung, 8. Bundesland, 10. Tür, Pforte, 12. Autoteil, 14. Plüschtier, 18. Spaltprodukt und für Kenner: 15. Wieviele Jahre war J.S.Bach Thomaskantor? 16. Welchen WM-Platz erreichte die Fußballfrauenmannschaft Deutschlands im Jahr 2007?



Impressum: Wolfgang Franke, Henner Kotte, Mike Nagler Initiative Bürgerbegehren „Stoppt den Ausverkauf unserer Stadt“, Marschnerstraße 5, 04109 Leipzig, www.buergerbegehren-leipzig.de, post@buergerbegehren-leipzig.de Tel.: 0341 - 22 47 531, Spendenkonto: Mehr Demokratie e.V. Konto-Nr. 3556100 Bank für Sozialwirtschaft BLZ 86020500 Kennwort/Zahlungsgrund: BB